

gesetzlich sei.“ Reichspräsident Ebert war überrascht und wütend, als er von der Unterzeichnung des Vertrages mit Sowjetrußland erfuhr.

Die sozialdemokratische Presse war in der Folge eifrig um den Nachweis bemüht, daß die Orientierung auf die imperialistischen Mächte die Grundlage der Außenpolitik Deutschlands sein und bleiben müsse. „Weder Deutschland noch Rußland sind jetzt in der Lage“, so polemisierte das sozialdemokratische „Hamburger Echo“, „das Schicksal der Welt nach ihrem Ermessen zu lösen. Ob sie das wollen oder nicht, müssen sie sich doch für jeden ihrer Schritte das Einverständnis der wirklichen Weltmächte sichern.“ Wir sehen: die SPD-Führung von heute ist nicht einmal originell in ihrer Außenpolitik, in der Preisgabe unserer nationalen Interessen an die Imperialisten. Alle diese Erklärungen der sozialdemokratischen Führung und der SPD-Presse sollten einerseits der Entente den unveränderten Kurs der „westlichen Orientierung“ beweisen, andererseits die Sabotage der Politik freundschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland, wie sie im Vertrag von Rapallo angebahnt waren, vorbereiten.

In ihrem Bestreben, die Bedeutung des deutsch-sowjetischen Vertrages zu schmälern, versuchte die SPD-Führung immer wieder, das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß es die wirtschaftliche Lage in Rußland nicht erlaube, mit irgendwelchen praktischen Ergebnissen aus der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland zu rechnen. Die SPD wollte nachweisen, daß der Rapallo-Vertrag „Deutschland vom wirtschaftlichen Standpunkt nicht den geringsten Nutzen bringen kann“. Später gab die SPD-Führung widerwillig zu, „daß einige deutsche Firmen dank der Erwerbung von Konzessionen einige Geschäfte machen konnten“.

Die rechten Führer der SPD waren damals wie heute die ärgsten Feinde sowohl einer Zusammenarbeit mit der Sowjetrepublik, als auch einer unabhängigen nationalen Politik Deutschlands. Das äußerte sich auch darin, daß sie den Vertrag von Versailles bedingungslos anerkannten, während sie dem Vertrag von Rapallo nur auf Druck der Arbeitermassen widerwillig zustimmten. Diese antinationale und gegen die Klasseninteressen der deutschen Arbeiter wie der internationalen Arbeiterschaft gerichtete Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie wurde einer der wichtigsten Faktoren, der die Entwicklung Deutschlands zum Faschismus und zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges begünstigte.

Nachdem die siegreiche Sowjetarmee vor über acht Jahren den Hitlerfaschismus zerschlagen hatte, nahmen die rechten sozialdemokratischen Führer ihre schändliche Politik gegen den ersten Staat der Arbeiter und Bauern wieder auf, als ob nichts geschehen wäre. Die Hauptrichtung der Politik von Ollenhauer und Heine ist, genau wie die von dem damaligen Reichspräsidenten Ebert und dem SPD-Vorsitzenden Müller, durch ihre „Eingliederung in die westliche Welt“, d. h. durch ihre Orientierung auf die amerikanischen und deutschen Imperialisten, also auf die Politik der Aggression gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien, bestimmt. Die geschichtlichen Lehren der letzten Jahrzehnte konnten jedoch nicht ohne Einfluß auf die deutschen Werktätigen bleiben, und sie blieben es auch nicht.

### **Die wahrhaft nationale Politik unserer Partei und Regierung**

Ein bedeutender Teil der Mitglieder der Sozialdemokratie hat sich durch bittere Erfahrungen von der Ver-

derblichkeit der Politik der Feindschaft gegen die Sowjetunion überzeugt, er lehnte es ab, weiterhin den rechtssozialdemokratischen Spaltern zu folgen und vereinte sich mit den kommunistischen Genossen zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Weil unsere geeinte Partei lest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, deshalb setzte und setzt sie die guten Traditionen der Freundschaft zur Sowjetunion fort. In den Aufgaben für die Nationale Front des demokratischen Deutschland formulierte die Partei: „Das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes fordern eine enge, unerschütterliche Freundschaft mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie. Die der Sowjetunion feindlich gesonnene Propaganda, die in Deutschland von amerikanischen Imperialisten und ihren deutschen Helfershelfern organisiert wird, richtet sich gegen die Grundinteressen des deutschen Volkes.“\*

Dieser Beschluß unserer Partei bewährt sich allenthalben; er bewährt sich gerade jetzt im Kampf um die politische und wirtschaftliche Festigung der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser Beschluß ist gleichzeitig ein historisches Urteil über die rechtssozialdemokratischen Agenten des Imperialismus in der Arbeiterbewegung, die in der Zeit von Rapallo und später eine antisowjetische und damit eine antinationale und arbeiterfeindliche Politik betrieben haben und heute wieder betreiben. Deshalb gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben bei der Vorbereitung des IV. Parteitagés die Klarstellung der Verräterrolle der Ollenhauer und Kumpanei, wie sie sich insbesondere in ihrer Feindschaft zur Sowjetunion ausdrückt.

Die Lehren aus der deutschen Geschichte seit dem Abschluß des Vertrages von Rapallo bestehen darin, daß nur derjenige wirklich ein deutscher Patriot sein kann, der nicht gegen die Sowjetunion hetzt, sondern eine Zusammenarbeit mit ihr anstrebt. Nur derjenige Deutsche dient der friedlichen Zukunft unserer Nation und damit auch Europas und der Welt, der für die Grundsätze über einen Friedensvertrag mit Deutschland und für die friedliche Lösung der deutschen Frage eintritt, so wie sie von der Sowjetregierung vorgeschlagen wurden.

„Die deutsche Frage kann und muß geregelt werden. Dazu ist es notwendig, von den Interessen der Festigung der Sicherheit aller europäischen Staaten, vor allem der Sicherheit der westlichen und östlichen Nachbarn Deutschlands und zugleich von den nationalen Interessen des deutschen Volkes auszugehen. Dazu muß man auf die Politik der Einbeziehung Deutschlands in einen aggressiven Militärblock, auf die Politik der Wiederaufrichtung eines aggressiven militaristischen Deutschlands verzichten.“ Wer kann diese Ratschläge, wie sie G. M. Malenkow auf der V. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR gab, nicht als eine Freundschaft anerkennen? Wir wollen für diese Anerkennung werben — immer und überall. Dadurch wollen wir unterstützen, was Genosse Malenkow über das deutsche Volk sagte: „Das deutsche Volk hat aus seiner Geschichte ernste Lehren gezogen. Es wird nicht gewillt sein, erneut sein Blut für die Interessen der militaristischen Clique zu vergießen, die schon mehr als einmal Deutschland in eine Katastrophe gestürzt hat.“\*\*

Der Ausgang des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft wird, wenn wir uns alle einsetzen, die gute Meinung des Genossen Malenkow über das deutsche Volk bestätigen.

\* Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die SED. Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 4.10.1949.

\*\* G. M. Malenkow: Rede auf der V. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR. Dietz Verlag Berlin 1953, Seite 40.